



von 300 M.; 13. 150 Oberbahnvorsichtiger und Obergeleitvor-  
sichtiger je im Betrage bis 600 M.; 14. 132 Bureauvor-  
sichtiger, der Bureauvorrichter der Rechnungsbureau (technische und  
nichttechnische Hilfsbeamtete) je im Betrage bis 600 M.; 15.  
Eisenbahnbeamter der Eisenbahnstellen je im Betrage von  
300 M.; 16. 10 Vorstände von Betriebsämtern in besonders  
wichtigen Stellen je im Betrage von 600 M.; 17. 1 Rechnungs-  
direktor (in Berlin) im Betrage bis 600 M.

**\* Zu dem bayerischen Zeitenerlass.** In der Mittwoch-  
Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten führte  
Ministerpräsident Dr. Freiberger eine Vertagung in Beant-  
wortung der Interpellation Dr. Cassebaum und Genossen  
betreffend den Zeitenerlass aus:

Die Entschädigung, die den Gegenstand der vorliegenden  
Interpellation bildet, war des Engländer mehrere bereits unter  
dem früheren Ministerium eingeleitete Verhandlungen, es er-  
gab sich für die Folgezeit für das Ministerium ein Anlaß, der bis-  
herigen Handhabung des Zeitenerlasses und seiner Vollzugs-  
vorschriften auf den Grund zu gehen, da von kirchlichen Organi-  
sationen Vorstellungen eingereicht wurden. Auf Grund der ein-  
schlüssigen Erwägungen glaubte der frühere Kultusminister eine  
Vertagung dahin in Aussicht nehmen zu sollen, daß zu der nach  
Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 5. Juli 1872 verbotenen  
Ordnung der Zeitenerlässe die sogenannten Konfessions-  
verträge in der Kirche noch jene kirchlichen Handlungen zu  
zählen sind, die zum Zwecke vorübergehender Anwesenheit in der  
Kirche in Verbindung mit zulässigen Pfarramt vorgenommen  
werden. Von dieser Ansicht wurde der Bundesregierung Mitteilung  
gemacht, und so fand die Sache, als im Februar der  
Ministerwechsel eintrat. Wir hatten also eine Entscheidung  
über die neuen Minister und die sie mit der bisher in Aussicht  
genommenen Maßnahme einberathen waren, auch die volle Be-  
antwortung für die Öffentlichkeit bestimmt, indem am  
11. März nicht nur die Öffentlichkeit bestimmt, sondern auch  
die Vertreter der Volksgesetzgebung gerufen wurde, wurde sie als  
verantwortlich behandelt, doch hatte die Regierung die Absicht, die Ent-  
schädigung später zu veröffentlichen. Der verhängende Teil des  
Erlasses vom 11. März ist in folgendem Satz zusammengefaßt:  
„Demnach wird hiermit verfügt, daß fortan beim Vollzug des  
Zeitenerlasses vom 4. Juli 1872 und der dazu gehörigen Aus-  
führungsvorschriften von der Ordensfähigkeit, die den Ange-  
hörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu und der mit diesem  
Orden als verband erklärt religiösen Genossenschaften ver-  
boten ist, wobei die sogenannten Konfessionsverträge, noch solche  
kirchlichen Handlungen zu zählen sind, die zum Zwecke vorüber-  
gehender Anwesenheit in der Kirche in Verbindung mit zuläs-  
sigen Pfarramt vorgenommen werden.“ — Der Erlass befaßt sich  
mit der Interpretation der vom Bundesrat zu dem Zeitenerlasse er-  
lassenen Vollzugsbestimmungen vom 6. Juli 1872. Das Wort  
„Ordensfähigkeit“, das vom Bundesrat nicht näher erläutert  
worden ist, heißt gemeint einwilligen, harrenschreibenden Begriff  
von, es ist weiterer und bestimmter, es ist noch nicht ein-  
deutlich alle selbständigen Funktionen einschließt, aber die  
kirchlichen Handlungen ausschließt, bei denen der Ordensange-  
hörige einer anderen Funktion als der für die Ordensfähigkeit  
unmittelbar untergeordnet ist. Beide Auslegungen sind nach der  
Anschauung der bayerischen Regierung an sich möglich und mit  
dem Wortlaut der Verfügung vereinbar. Die bayerische Regierung  
ging bei dem Erlass von der Auffassung aus, daß sie nur von der  
Einzelfaßung zum Zwecke der Vollzugsbestimmungen Gebrauch  
machte. Für die bayerische Regierung war bei dem Ueberlegen zu einem milderen  
Vollzug die Erwägung bestimmend, daß in dem allgemeinen Urteil  
über den Zeitenerlass, daß fortan beim Vollzug des  
Zeitenerlasses vom 4. Juli 1872 ein Umfassungsgesetz des Ordens eingetreten ist.  
Dieser Erlass ist schon aus der Auffassung des 8. des Zeitenerlasses.  
Die bayerische Regierung glaubt, daß diese gesetzgeberische Maß-  
nahme nicht ohne Rückwirkung auf den administrativen Vollzug  
dieser Bestimmung und der zugehörigen Ausführungsvorschriften  
bleiben könne. Es handelt sich hier um kirchliche Hand-  
lungen der Ordensangehörigen als rein kirchliche von dem  
eigentlichen Aufgabenkomplex des Ordens losgelöst Funktionen  
anzusehen sind. Als solche Funktionen glaubt die bayerische  
Regierung jene selbständigen Handlungen betrachten zu können,  
bei denen der Ordensangehörige als Hilfsorgan der Seelsorge einer  
von der Ordensleitung unabhängigen Auffassung, nämlich  
jener des zugehörigen Pfarramtes, unterworfen ist. Hierzu muß  
kommen, daß die selbständige Auffassung als eine  
vorübergehende sich darstellt. Der Ordensfähigkeit sind nach  
Anschauung der bayerischen Regierung auch die sog. Konfessions-  
verträge nicht zuzählen, die sich von den Willkuren schon dadurch  
unterscheiden, daß sie in der Hauptsache vorübergehende und  
sichalen Anlaß zum Gegenstande haben, und daß die Ordens-  
angehörigen hierbei als Hilfsorgan in Abhängigkeit vom zugehörigen Pfarr-  
amt befinden. Diese Verträge wurden schon bisher in Bayern als  
erlaubt angesehen, wenn sie außerhalb kirchlicher Räume abge-  
halten wurden. Diese Verhandlungen halten sich nach der Ueber-  
zeugung der bayerischen Regierung im Rahmen der ein-  
geleiteten autonomen Verhandlungen. Um diesen Zweck an der  
Schonheit der bayerischen Regierung zu begreifen, und um  
auch nicht den Schein einer Erhebung des Verhältnisses der bayeri-  
schen Regierung zur Reichsleitung aufkommen zu lassen, hat sie  
vor kurzem beim Bundesrat den Antrag auf authentische Inter-  
pretation des Begriffs „Ordensfähigkeit“ eingebracht. Hierdurch  
sind die bayerischen Verhandlungen, die in dem Zeitenerlass  
ist, diejenige Auslegung sich zu eigen zu machen, die das Organ,  
das allein zu einer verbindlichen Interpretation berufen ist,  
nämlich der Reichstag, für richtig erklärt.

Der Ministerpräsident sprach zum Schluß die Hoffnung  
aus, daß die öffentliche Meinung, die in einem über die  
Bedeutung der Angelegenheit weit hinausgehenden Maße  
gereizt worden sei, sich nun wieder beruhigen und der von  
Bayern selbst angeregten Entscheidung des Bundesrats ver-  
trauensvoll entgegengehen möge.

**\* Die Vertagung der national-liberalen Parteifrisch**  
durch ein Kompromiß noch vor dem Verbandstag am  
12. Mai soll, nach der „Nat.-Ztg.“ gelungen sein. Das Blatt  
teilt darüber mit: „Wir sind bereits vor einigen Tagen an-  
genfährig haben, sind die Verhandlungen der Konfessions-  
institutionskommission, die eine Vermittlungsformel für  
den Ausgleich zwischen den Jungliberalen und dem be-  
kannten Beschluß des Zentralverbandes finden sollte, am  
1. Mai zu Ende geführt worden. Die Einzelheiten sind vor-  
läufig noch vertraulich, doch ist die Absicht, den Vertreter-  
tag zu verjagen, an dem Widerspruch der Jungliberalen  
geleitet. Der Vertretertag wird also am 12. Mai doch  
stattfinden und sich mit dem Kompromiß zu befassen  
haben.“

**\* Der Senatorenkonvent des Reichstages** trat am Mit-  
twoch vor der Plenarsitzung zusammen. Am Freitag soll, wie  
bereits früher beschlossen war, die Debatte über die Anträge  
auf Abänderung der Geschäftsordnung stattfinden. Weitere  
Beschlüsse wurden einstweilen nicht gefaßt; man hält immer  
noch an der Hoffnung fest, die Etatsberatung und die Ver-  
vorlagen vor den Pfingstferien zu erledigen.

**\* Ausführungsanweisung zum Reichsbeschuldengesetz.**  
In besonderen Verlagen zur Nummer 105 des „Reichs-  
und Staatsanzeiger“ werden die vom Minister für Landwirt-  
schaft, Domänen und Forsten unter dem getrigen Datum  
erlassene Viehschadenpolizeiliche Anordnung

(gleichfalls Ausführungsanweisung zum Viehschadengesetz  
vom 26. Juni 1909), sowie ein Begleitterlaß des  
Ministers vom 28. März d. J. veröffentlicht. — Auf eine  
Wiederabgabe dieser Bestimmungen müssen wir verzichten, da  
sie außerordentlich umfangreich sind und wir früher bereits  
die einzelnen Hauptpunkte mitgeteilt haben.

**\* Inkrafttreten des Schiffahrtsabgabengesetzes.** Der  
„Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Verordnung betreffend  
teilweises Inkrafttreten des Gesetzes über den Ausbau der  
deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrts-  
abgaben vom 24. Dezember 1911. Danach treten die  
Artikel 1 und 3 bis 7 des genannten Gesetzes für das ganze  
Reichsgebiet, der Artikel 2 für das Stromgebiet der Weser  
am 1. Mai 1912 in Kraft.

**\* Zum Neubau des Berliner Opernhauses.** Zur bevor-  
stehenden Plenarsitzung über den Neubau eines königlichen  
Opernhauses in Berlin beschloß die bürgerlichen  
Parteien des Abgeordnetenhauses folgende Resolution einzu-  
bringen:

„Das Haus der Abgeordneten will beschließen: Bei Ver-  
willigung der 80 000 M. im Kapitel 25 Titel 7 die Erwartung  
auszusprechen: 1. daß die königliche Staatsregierung den Ent-  
wurf für den Neubau eines königlichen Opernhauses in Berlin  
unter Vermeidung der bisher erfolgten Unterlagen (sowie unter  
Hinzuziehung weiterer Kreise der deutschen Künstlerfamilie  
aufstellt und dabei auch das Anerkennen des Bundes deutscher Archi-  
teten vom 20. April d. J. berücksichtigt; 2. daß die amtliche  
Programmschrift als Grundlage diene, es den Künstler zu  
freiwillig werden sollen, doch die Programmschrift abzu-  
weichen, soweit es ihnen zweckmäßig oder aus künstlerischen  
Gründen nötig erscheint; 3. daß die Entwurfsarbeiten von der  
königlichen Akademie des Bauwesens beauftragt werden.“ Ferner  
soll das Haus der Abgeordneten ersucht werden, zu be-  
schließen, an Stelle der Worte „Vorberathungen zur Bauaus-  
führung“ zu setzen „Vorarbeiten“.

**\* Zur Frage der Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ring-  
straßen.** Die von einer Korrespondenz verbreitete Nachricht,  
die Staatsregierung beschloß, die Forderung für die Elektrifizierung  
der Berliner Stadt- und Ringstraßen auf lassen, enthält  
der Begründung. Sie ist hauptsächlich auf die Absichten  
zurückzuführen, die in Abgeordnetentagen über die geschäftliche  
Behandlung dieses Teiles der Eisenbahnterritorien ge-  
prochen worden ist, nämlich der Meinung, daß es sich empfehlen  
wird, diese Forderung von dem übrigen Teil der Kreditvorlage in  
der geschäftlichen Behandlung zu trennen, und zwar gleich mit  
dabei von der Auffassung aus, daß die Elektrifizierungsvorbereitung  
voraussetzlich erst nach längerer kommissarischer Beratung  
durchgeführt werden dürfte, weil die Unterlagen eine sehr sorgfältigen  
Beratung und nachdrücklicher Arbeit zur Erzeugung noch vorüber-  
gehender Richtungen hin bedürfen. Die übrigen Positionen der Eisenbahn-  
kreditvorlage werden dagegen nur kurze kommissarische Vorbe-  
raturzeit erfordern und zweifellos noch vor Pfingsten verabschiedet  
werden können, wenn sie nicht durch die Beratung der Elektrifizierung  
zurückgehalten werden. Man meint daher, daß es  
im gleichzeitigen Interesse nachdrücklicher Erledigung jeder Seite  
der Eisenbahnkreditvorlage liegt, wenn sie in der geschäftlichen Be-  
handlung von vornherein getrennt und von vornherein ver-  
schiedenen Kommissionen überwiegen werden. Abhandlung würde die  
Elektrifizierungsvorbereitung zwar voraussetzlich erst im Herbst, der  
übrige Teil aber schon in den nächsten Wochen erledigt werden  
können.

**\* Die polnischen Turn- und Sokol-Vereine** haben  
am letzten Jahre eine starke Mitgliederzunahme,  
nämlich von 8673 Mitgliedern im Jahre 1910 auf 9404 erfahren  
bei einer Vermehrung der Vereine von 203 auf 225. Nur  
42 Prozent der Mitglieder waren aktive Turner. Man  
sieht hieraus, daß das Turnen nicht für alle Mitglieder der  
Hauptzweck ihrer Zugehörigkeit ist, sondern meistens das  
national-polnische Wirken. Um die Jugend heranzuziehen,  
hat man in 58 Vereinen Jugendbrigaden gebildet, in denen  
920 nicht zum Verein gehörige Jünglinge übten. Der Sokol-  
verband zerfällt in 13 Gauen, von denen die Gauen 1, 2, 3  
8 in der Provinz Posen, der Gau 4 größtenteils in West-  
preußen, der Gau 6 in Schlesien ihren Sitz haben. Der  
5. Gau erstreckt sich von Stettin über Brandenburg in das  
Königreich Sachsen hinein. Der Gau 9 umfaßt Hannover und  
angrenzende Gebiete. Die Gauen 9 bis 13 gehören dem  
deutsch-polnischen Kulturbezirk an. Von sämtlichen  
Sokolisten lebten im Jahre 1910 in den schlesischen, polnischen  
westpreussischen Bezirksverbänden, die überwiegende Mehr-  
heit in deutschen Sprachgebieten. Man erieht daraus am  
besten, wie das Polentum anfänglich bemüht ist, sich von  
deutschen Vereinen und deutschem Verkehr abzugrenzen. Sin-  
gegen beabsichtigt man, am tüchtigsten Sokolfrage in Prag  
teilzunehmen. Die Sokolisten gelten bei vielen Deutschen als  
die Kerntruppe für künftige Kämpfe. Die Sokolvereine  
sind durch Entscheidungen der Verträge für politische Vereine  
erklärt.

**\* Ausschluss aus der sozialdemokratischen Partei und  
Waifer.** Wie mitgeteilt wird, hat sich die sozialdemo-  
kratische Parteileitung einen neuen Territorismus gegen die  
Arbeiter zu Schulden kommen lassen. Ein Parteibeschluss  
bestimmt, daß der Lohn, der die Arbeiter am  
1. Mai für die Arbeit an diesem Tage bekommen, an die  
Parteiaufsicht abgeliefert werden muß. Die Arbeiter, die am  
1. Mai nicht feierten, sondern arbeiten wollen, sind mit diesem  
Beschluss natürlich nicht einverstanden, sondern sie wünschen  
den Lohn für ihre Arbeit, der einen Teil ihres Monats-  
einkommens ausmacht, für sich zu verwenden. Die Partei-  
leitung in Elberfeld-Barren hat aus diesem Grunde gegen  
82 Personen ein bodenrechtliches Ausschlussverfahren ange-  
strengt und einen großen Teil aus der Partei ausge-  
schlossen. Dieser Vorgang wirkt auf die Arbeiterfreundlichkeit  
der sozialdemokratischen Partei ein ganz besonderes  
Nicht.

**\* Die erste deutsche Expedition nach Kamerun,** den  
von Frankreich abgetretenen Distrikten im Kongogebiet,  
wird von der Deutschen Kolonialgesellschaft entandt werden,  
um sowohl die wissenschaftlichen wie auch die wirtschaftlichen  
Verhältnisse zu unteruchen. Mit der Führung wird  
der erprobte Kamerunener Major A. D. Langheld be-  
auftragt.

**\* Deutsche Gerichtsbarkeit in Marokko.** Durch Ver-  
hängung des Verlaufsstandsstandes in Fez wird  
das französische Kriegsgericht eingeführt. Unter normalen  
Verhältnissen hört dann jede andere Gerichtsbarkeit auf.  
Da in Marokko aber zurzeit noch die Konulargerichts-  
barkeit für die Angehörigen fremder Nationalitäten in Kraft  
ist, bestand die Gefahr einer Konflikt zwischen dieser und  
der Tätigkeit des französischen Kriegsgerichts während des  
Belagerungszustandes. Nur um das Recht der weiteren  
Ausübung der Konulargerichtsbarkeit zu wahren, haben  
wir wir aus Fez erfahren, die Konular in Fez den Vor-  
behalt, bei dem französischen Oberkommando eingeleitet, durch  
welchen sie die Jurisdiktion über ihre Staatsangehörigen  
auch weiterhin durchdringen

**\* Drei Deutsche in Paraguay ermordet.** In einem Briefe  
Berliner wird an zugehöriger Stelle bestätigt, daß in Paraguay  
außer dem bereits gemeldeten Ingenieur Baidow von Wals  
noch die zwei Reichsdeutschen Bodiek und Rämmler er-  
mordet wurden.

Es wird uns dazu noch gedruckt: Die betreffenden Deutschen,  
die im Aufstadiumgebiet wohnten, hatten sich noch Affoncio be-  
geben und waren bei der Rückkehr, die sie nachstrebte auf  
einer Drahtseilbahn, auf Vorposten der Revolutionstruppen  
gefallen. Da sie den Anruf der Vorposten überhörten, wurden sie  
erschossen, wobei die Herren Baidow, Bodiek, Bodiek und  
Rämmler ums Leben kamen. Die erforderlichen amtlichen  
Schrift wurden sofort eingeleitet.

**\* Zur Auslegung des deutsch-italienischen Handelsvertrages.**  
Die deutsche Kommission, die mit Vertretern der italienischen  
Regierung eine Verständigung über verschiedene Zweifel und  
Stellungsberechtigungen über die Auslegung des deutsch-  
italienischen Handelsvertrages herbeiführen sollen, sind in Rom  
eingetroffen.

**\* Zur Frage einer größeren Sicherung von Leben und  
Eigentum auf See.** Dem Londoner „Daily Telegraph“, der  
in Vorjahr gebracht hatte, eine neue Haager Kon-  
ferenz mit der Frage einer größeren Sicherung von Leben  
und Eigentum auf See zu befaßen, und der sich zwecks  
Begutachtung dieses Planes an eine große Zahl von Autori-  
täten auf dem Gebiete der Schiffahrt und Schiffbau-  
industrie gemandt hatte, haben auch Sekretär Sudermann  
von der Hamburg-Amerika-Linie und Direktor Heinen  
von Norddeutschen Lloyd kurze Bemerkungen über die  
zweckmäßige Behandlung der durch den Untergang der  
„Titanic“ brennend gewordenen Frage ausgesprochen.  
Beide haben den Gedanken der Einberufung einer Haager  
Konferenz zwar nicht ausdrücklich bejaht, aber auch nicht  
ihre Zustimmung zu erkennen gegeben. Auf den gleichen  
Standpunkt haben sich mehrere englische Autoritäten des  
Marinewesens gestellt, zum Teil auch mit der Begründung,  
daß gegenwärtig die Zeit noch nicht gekommen ist, die Ange-  
legenheit erörtern zu behandeln. Es scheint daher das  
Beste zu sein, zunächst die Arbeiten der Untersuchungs-  
kommission und deren Ergebnisse abzuwarten und dann,  
wenn über die Vorgänge, die zum Untergang der „Titanic“  
geführt haben, weitere Aufklärung gewonnen ist, der Frage  
näherzutreten, ob und wie die Angelegenheit Gegenstand  
internationaler Beratungen sein soll.

## Preussischer Landtag. Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 1. Mai 1912.

**Am Regierungstisch:** Minister des Innern v. Dallwig,  
Vizepräsident Dr. Vorhoff erstreckte die Sitzung um 7 1/2 Uhr.  
Die zweite Beratung des Entwurfs des Ministeriums des Innern  
wurde beim Kapitel „Allgemeine Ausgaben“ fortgesetzt.  
Abg. Dr. Hiesch (Fortf. Spt.) wies auf die Tätigkeit des  
Frankfurter Arbeitsnachweises hin. Andere Arbeitsnachweise  
sollten ebenso wie dieser mit einander in Verbindung treten. Es  
könnte es verheißt werden, daß Wanderarme sich in die großen  
Städte bringen.

Als Staatsauftrag zum Bau einer Provinzialfürsorgeanstalt  
in Antweiler in den Provinzialverband der Provinz Posen  
wurden 140 000 Mark (Str.) erklärt.

Abg. v. Sagen (Str.) erklärte sich namens seiner Partei  
gegen die Vorlage.

**Minister v. Dallwig:** Die Zahl der Fürsorgeeinrichtungen in der  
Provinz Posen hat sehr zugenommen. Die dadurch hervorgeru-  
nenen Mitteln erfordern unbedingt den Bau der Anstalt.

Abg. v. Armin-Jacobson (Konf.): Ein Teil meiner Freunde ist  
wegen der finanziellen Bedenken gegen die Bewilligung dieser  
Summe.

Nachdem die Abg. (Konf.), Kinder (Fortf. Spt.) und  
v. Sagen (Str.) für die Bewilligung eingetreten  
waren, wurde der Titel gegen das Zentrum und einige konse-  
rervative Stimmen genehmigt.

Die übrigen einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, so-  
weit sie sich nicht auf das Medizinalwesen beziehen, wurden  
bewilligt.

Es folgte das Kapitel „Medizinalwesen“.

**Minister v. Dallwig:** Was die Frage der Angliederung der  
Räder an die Medizinalverwaltung angeht, so sprechen man die  
Gründe gegen die Änderung des jetzigen Zustandes. Auch hat  
ein sachliches Bedürfnis zu einer anderweitigen Regelung der  
Rechtsverhältnisse, der auch der Landwirtschaftsminister nicht  
geneigt ist, nicht vor.

Abg. Dr. Arning (Nat.): Die Bereinigung der Medizinal-  
verwaltung mit dem Ministerium des Innern hat sich erteilte-  
weise bewährt. Die Kreisärzte dürfen auf keinen Fall dem Land-  
rat unterstellt werden. Der Hauptzweck muß bestehen in  
der Tätigkeit des Kreisärztes. Die Kreisärzte sind zu danken,  
wenn die Frage der Verstaatlichung des Arztemwesens von der Mit-  
gliedschaft verstanden ist.

Abg. Dr. Fehderber (Str.): Ich bin einverstanden damit, daß  
die Stellung der Kreisärzte mehr selbständig wird. Begehre für  
soziale Medizin sind überflüssig, wenn das praktische Jahr ent-  
sprechend ausgefüllt wird. Die Volksgesundheit sollten über die  
große Ansehensgefahr durch unethische Rinder besser angefaßt  
werden.

**Minister v. Dallwig:** Seitens der Regierung besteht die Absicht,  
den Kreisärzten mehr als bisher entgegenzutreten. Was  
das praktische Jahr angeht, so ist im Ministerium des Innern eine  
Kommission eingesetzt, die darüber beraten soll, wie den Mit-  
gliedern, die sich im Laufe der Zeit herausgestellt haben, abzu-  
helfen ist.

Abg. Ebdike (Freiw.): Die Kreisärzte müssen auf jeden Fall  
der Medizinalverwaltung angegliedert werden. Die Frage, ob  
die Kreisärzte dem Landrat zu unterstellen sind, ist jetzt noch  
zu entscheiden. Es müssen die Beschlässe der Innenministerkommission  
abgewartet werden.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr  
verlagt; außerdem: Altpensionäre, Pensionsausbau,  
allgemeine Finanzverwaltung, Etatsgesetze.

Schluß 10 1/2 Uhr.

## Ausland.

### Die französisch-spanischen Marokko- Verhandlungen.

Aus Madrid wird gemeldet, daß die von König  
Alfonso dem französischen Gesandtschaftsleiter am Mittwoch  
gebildete Kommission wesentlich dazu beigetragen habe, die  
seit einigen Tagen herrschende optimistische Auffassung  
über den Standpunkt der französisch-spanischen Verhand-  
lungen zu befestigen. Man erwartet in unruhiger  
Mit Zuberkeit den baldigen Abschluß der  
Verhandlungen.



# Reichardt der Feinste.

Unter vorstehender Stichzeile brachte die Reichardt-Gesellschaft vor ungefähr vier Wochen unter meiner Verantwortung ein Inserat folgenden Wortlauts:

„Nachdem die wissenschaftliche Erkenntnis, daß insbesondere eine trinkbare Nahrung mit dem Grade ihrer feinen Verarbeitung an Appetitlichkeit und Verdaulichkeit gewinnt, auch ins Publikum gedrungen ist, wiederholen sich Inserate von Fabrikanten, die den Anschein erwecken, als ob die höchste, technisch erreichbare Kornfeinheit, die eine spezifische Eigenschaft der Reichardt-Kakaos darstellt, neuerdings auch von ihnen erzielt sei.“

Wir weisen demgegenüber darauf hin, daß sich durch Centrifugalverfahren, wie sie sonst in unserer Industrie zur Anwendung gelangen, nicht im entferntesten das Sonnenstäubchensfeine Fabrikat erzielen läßt, wie durch das nur uns patentierte Luftdruckverfahren. Enthält doch 1 Gramm Reichardt-Kakao nach mikroskopischen Messungen veredelter Fachgelehrter bis zu 20 Milliarden Partikeln, eine Kornfeinheit, die andere Fabrikate auch nicht annähernd aufweisen. Alle sich mit diesen Tatsachen in Widerspruch setzende Behauptungen anderer Fabriken bilden eine unlautere Klatschmeldung im Sinne des Wettbewerbsgesetzes.

Die unerläßliche Vorbedingung für die ideale Kornfeinheit des Reichardt-Kakaos besteht außerdem aber in einer ungemein sorgfältigen Behandlung und Reinigung des Rohmaterials. Schon die Auswahl der Bohnen beim Einkauf geschieht nach Grundbläßen, die weit über den Rahmen der sonst im Kakaohandel üblichen Qualitätsprüfung hinausgehen. Ebenso peinlich wird bei der Reinigung der Bohnen verfahren. Insbesondere nicht nur um der Erzielung höchster Kornfeinheit, sondern auch um der Appetitlichkeit willen befolgen wir hierin bereits seit jeher auf das genaueste die Vorschriften, die auf den internationalen Kongressen leider immer noch erst als erstrebenswertes Ziel ins Auge gefaßt sind, und beteiligen dadurch im Kakaogehalt den ungenießbaren Vordenker völlig. Die in Betracht kommenden Vorschriften gehen dahin, daß die Rohbohnen nach der Röstung nicht nur von ihren Schalen, sondern auch von den die völlige Reinheit und den Genußwert beeinträchtigenden Samenhäutchen und Keimen befreit werden sollen.“

An vorstehenden Ausführungen gab es selbst für die Gegner der Reichardt-Gesellschaft nichts zu deuteln. Der nächste zweizeilige Satz, durch den das Publikum für die Einführung erhöhter Reinheitsvorschriften in der gesamten Kakao-Industrie interessiert werden sollte, stellte die unbestreitbare Tatsache fest, daß sich die für Deutschland bestehenden Bestimmungen leider immer noch darauf beschränken, lediglich eine Entfernung der Schalen zu fordern.

Nur gegen diese Feststellung wandten sich einige Gegner der Reichardt-Gesellschaft und extrahierten unter Entstellung des Wortlautes und Wortsinnes, sowie entgegen den Vorschriften der Reichs-zivilprozessordnung und entgegen der ständigen oberstgerichtlichen Judikatur einen vorläufigen Beschluss, durch dessen Veröffentlichung seitens eines Anwalts das Publikum offenbar von dem Kerne der Sache abgelenkt werden soll.

Die kritische, im Inserate von mir getroffene Feststellung ist vollkommen wahr.

Tatsache ist, daß die auf den Internationalen Kongressen in Genf, Paris und Bern beschlossenen Thesen den Grundsatz aufstellten, die Kakaobohnen bei ihrer Verarbeitung zu Fabrikaten nicht nur von Schalen, sondern auch von Samenhäutchen und Keimen zu befreien.

Tatsache ist, daß dieses Reinheitsideal seit jeher bei allen Reichardt-Marken gleichmäßig und in technisch vollkommener Weise verwirklicht wird.

Tatsache ist, daß die Reichardt-Gesellschaft alle Kräfte daran gesetzt hat, ihre Reinheitsbestrebungen zum Gemeinut der gesamten deutschen Industrie zu machen, und daß sie eine dem gleichen Endzwecke dienende Eingabe an den Bundesrat gerichtet hat.

Tatsache ist, daß die Gegner diese Eingabe trotz der Bitten der Reichardt-Compagnie nicht unterstützt haben.

Tatsache ist, daß der Vertreter der Gegner für den Berner Kongress in einem Ersuchen, ihm weitere Vollmachten zu erteilen, unterem 3. 8. 1911 wörtlich folgendes schreibt: „Die Verbandsleitung hat fast zwei Jahre daran gearbeitet, um eine Beseitigung der Genfer Beschlüsse zu ermöglichen.“

Tatsache ist, daß die unter Mitwirkung der Gegner zustande gekommenen Bestimmungen des Deutschen Nahrungsmittelbuches (Abschn. X Kap. 4 S. 234) auch heute noch folgendermaßen lauten:

1. Kakaomasse ist das Produkt, welches lediglich durch Mahlen und Formen der gerösteten und entschälten Kakaobohnen gewonnen wird.
3. Kakaopulver, entölt (auch löslicher, aufgeschlossener) Kakao, sind Produkte aus gerösteten, entschälten, mehr oder minder entölten bezw. auch aufgeschlossenen Kakaobohnen in Pulverform.

Tatsache ist, daß Analysen gerichtlicher Sachverständiger über Fabrikate von Gegnern u. a. zu folgendem Resultat gelangen: „In No. 8507 H und No. 8509 S wurden Schalenreste in merklicher Menge beobachtet, in No. 8509 vereinzelt Schimmelpilz. No. 5154/5266 enthält Schalenelemente in ziemlich reichlicher Menge; er ist mit Zimmt gewürzt und mit spirituslöslichem Coffin versetzt. Die Mahlung ist ziemlich grob. Sand wurde in Spuren beobachtet.“

Ich kann daher dem Publikum die Entscheidung darüber anvertrauen, ob die von den Gegnern bekämpfte Feststellung auf Wahrheit beruht.

An der Behauptung einer wahren und unbestreitbaren Tatsache kann schließlich niemand gehindert werden; und jetzt habe ich namens der Reichardt-Compagnie die Gegner vor Gericht geladen.

In ihrem Bestreben, im Interesse des Publikums die weitgehendste Reinigung als Allgemeinpflicht der Industrie durchzusetzen, wird sich die Reichardt-Compagnie durch irgendwelche Praktiken ihrer Gegner ebensowenig beirren lassen, wie es bei dem noch in aller Gedächtnis befindlichen Kampfe über den Entöltungsgrad des Kakaos der Fall gewesen ist.

Die Reichardt-Gesellschaft aber wird stets hervorheben können, daß ihr die peinliche Reinigung in Verbindung mit der außergewöhnlich strengen Auswahl des Rohmaterials das Recht gibt, über ihre Fabrikate zu sagen:

# Reichardt der Reinste.

Wandbezel, den 30. April 1912.

Dr. jur. Max von Obfelder,  
Syndikus der Kakao-Compagnie Theodor Reichardt.

Für die Inserate verantwortlich: Paul Kersten, Halle a. S. Telefon 158.

Brit 2 Beilagen.









Provinz Sachsen und Umgebung.

Das Provinzialmissionsfest

für die Provinz Sachsen und zugleich die 28. Hauptversammlung des Verbandes der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt für die Berliner Missionsgesellschaft fand am letzten Montag und Dienstag in Gabeln statt. Eröffnet wurde das Fest durch einen Gottesdienst in der Mikaliskirche, bei dem Pastor Reinhold-Galle a. S. die Predigt hielt über das Heilandswort Markus 5. In der öffentlichen Volksversammlung im „Schützenfeste“ am Abend des ersten Tages sprach Superintendent Born-Gröden das Begrüßungswort. Dann hielt Missionsinspektor Wilde-Beutin einen Vortrag über Verfügungen von Erbschaften aus der fideikommissarischen Mission nach Aufnahmen. Er war während seiner Inspektionsreise 1910 herumgekommen. Wenn der Missionar weiter in Weidungen von 400 schwarzen Altmohlschägeln eine Kollekte sammelt im Betrage von mehr als 100 Mark, so ist das eine Geschäfte zum Nachdenken für uns! Und wenn das letzte Bild farbige Kreuze zeigt, die ausgehen, die Kreuze ihrer Verstorbenen mit Blumen zu schmücken, die Gräber, die die schwarzen Geigen fürchten und meiden, so ist das der Beweis, daß der Christenglaube hier die lärmende Geistesfreiheit überwinden hat und mit lebendiger Hoffnung den Heiden auch Lebenskraft und Lebensfreudigkeit gibt.

Der zweite Vortag begann mit Vorträgen. Gleichzeitlich wurden in der beiden evangelischen Kirchen der Stadt Wiedergottesdienste abgehalten. In der öffentlichen Hauptversammlung in der Mikaliskirche hielt Generalinspektor Dr. Stolle die biblische Ansprache auf Grund von Römer 5, 1-6. Er führte u. a. aus: „Barnek hat einmal gesagt: Wir haben bisher nur mit der Mission gespielt, nun müssen wir Ernst machen.“ Wir können nicht zu jedem Ernst kommen ohne die Kreuzfahrt, die Geduld und Beharrlichkeit schafft. Und die Beharrlichkeit bringt Hoffnung, die Hoffnung, daß der Herr, der solche Macht über uns hat, auch mächtig wird über die ganze Erde.“

Darauf folgten die Begrüßungen. Den Hauptvortrag hielt dann Missionsinspektor Wilde über das Thema: „Das Erbe unserer Väter in der südarafrikanischen Mission“. 78 Jahre alt ist die Missionsarbeit in Südafrika. Der Redner sprach, um die ganze Lage in Südafrika zu kennzeichnen, von den Schwierigkeiten der Missionsarbeit unter den dem Hochfeld Transvaals in Siebelungen von nur je fünf bis sechs Hektar zerstückelten Schwärzen. Schwierig ist die Arbeit auch unter den anwachsenden Stämmen, die Johannesburg, Witwatersrand, Pretoria, in denen der schwarze Christ verachtet wird durch die oft raffiniertere Sünde der Europäer. Über der Redner wies auf zu räumen von der Selbsthilfe der Christengemeinden in der südarafrikanischen Mission, die im Jahre 1910 200 000 Mark für Hochfeld und Schulgelder aufgebracht haben. Die Missionäre unserer Väter zu pflegen. — In dieser Hauptversammlung erfolgte auch die Überreichung der Festgaben, Geldbeiträge in Gesamthöhe von 600 Mark, wozu noch die Stollentragräge von über 600 Mark kommen. Außerdem wurden Glöden, Markreudter, Markreudter, übergeben. Nachmittags 5 Uhr sagte unser Herr Bischof des Bismarck-Stifts in der St. Marien-Kirche eine Gebetsversammlung, in der Pastor Reinhold-Galle a. S. den Unterschied zwischen Regierung und Missionsarbeit sehr deutlich bezeichnete. Nur die Missionsarbeit erziehe ein vom christlichen Geist durchdrungenes, dem Isolan gegenüber in sich fähiges Volk. Der Vortragende gab der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung die Missionsstellen höherer als bisher finanziell unterstützen werde, und daß es bald zur Ausbildung eines Missionslehrerhandes komme. — Seinen Abschied fand das ausgiebigste Verlaufszeit durch eine zweite öffentliche Volksversammlung, in der Missionar Bismarck über seine Erfahrungen in Nordina, speziell Südafrika, sprach. Das nächste Jahresfest soll in Gangerhausen stattfinden.

Die Kölsner Konferenz der Postiven Union

Kiel am Montagabend in Rumburg a. S. eine großartig besetzte Volksversammlung ab. Ein vom Superintendenten W. Gersdorff geprägtes Gebet leitete den Abend ein. Den Hauptinhalt bildete sodann ein Vortrag des Direktors Pastor Eithmann aus Barren über: „Entscheidungs-kämpfe der Gegenwart über die Zukunft unserer Väter Soltes“. Der Redner griff in der Einleitung auf einen Brief Theodor Stormers an seinen Vater zurück, in dem der junge Dichter

schreibt: „Eine große Zeit will auch große Herzen!“ Es sei kein Selbstbetrug, wenn man behauptet, daß wir auch jetzt in einer großen Zeit leben. Es sei das Zeitalter einer gigantischen Entwicklung des Menschengeistes, wie sie die Menschheit noch nicht gekannt habe, vor allem aber auch der genialistischen Gegenstände, solcher Gegenstände, zwischen denen es kein Kompromiß geben könne. Auch heute heiße es, eine große Zeit will große Herzen, und wenn eine große Zeit keine Herzen findet, tiege die Tragödie heraus. Der Redner hielt die Gegenwart in einem Vergleich mit dem Reformationszeitalter und teilte eine überraschende Nachricht mit. Auch damals habe alles noch Klagen gefunden, und nicht etwa nur die Klage, auch unser Volk; alles aber vor der Frage: Was solls werden? Reformation oder Reformator? Unser Volk werde auch jetzt wieder vor der Frage stehen: Neue Mission oder Wiedergeburt für eine neue Zeit? So tebe auf der einen Seite die Weltanschauung von der Gegenwart, auf der anderen Seite die Weltanschauung auf dem Boden des dem christlichen Geistes; auf der einen Seite werde die Selbstverleugung verflucht, während man auf der anderen auf der göttlichen Weiterleitung feilhalte. Wenn wir uns nun wirklich positiv stellen, so müssen wir auch Klarheit darüber haben, daß in den Zeiten gewaltiger Kämpfe auch für uns gewaltige Aufgaben bereitet seien. Es sei heiliges Werk, daß, soweit die Presse in Frage komme, der politische Freiheit und Liberalismus sich beide mit dem christlichen Geist und Liberalismus. Und ein kräftiges Wort über die gegenwärtigen „Christen“, die dazu beigetragen hätten, daß ein „Berliner Tageblatt“ im Volksbuchhandel sich eine Art Monopol errungen habe, fügte der Redner noch bei. Was aber, so fragte P. Eithmann, schändet uns Christen mit denen, die den heiligen Namen Protestantismus tragen, aber keinen persönlichen Geist mehr haben, geschweige denn einen Christus? Nicht Non-Wittener bei der größte Gegenstand unserer Tage. Größer und gewaltiger sei der andere Gegenstand: Die Christenheit, die Indifferentium hier entgegenstehe es sich, welcher Geist in Zukunft unser Volk beherrschen solle. — Konfirmiert hat W. Gersdorff ein Schulgesetz und dann gingen die Besprechungen auseinander.

Der Städtetag der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt.

umfassend die Städte über 10 000 Einwohner, findet am 30. und 31. Mai sowie 1. Juni in Erfurt statt.

Kreistag des Kreises Sülz.

Am 30. April fand eine außerordentliche Sitzung des Kreistages des Kreises Sülz statt. Beschlossen wurde der Bau der Kreisstraße Köppla-Dobritz, die Mittel dafür in Höhe von 488 000 M. wurden bewilligt. Die Chauffee, die über Streck, Ratho, Meintleben, Gerz, Mühlberg geht und, soll in den nächsten drei Jahren gebaut werden. Der Betrag der beteiligten Gemeinden beträgt 123 000 M. — Ein weiterer Beschluß war die prinzipielle Zustimmung zu dem Abfahrsvertrag mit der Continentalgasgesellschaft in Bezug betreffend Versorgung des Kreises mit Elektrizität für Licht- und Kraftzwecke. Zur Bedingung der Abfahrsvertrag, daß die Abfahrs-Mark aufgenommen werden. In der nächsten Kreisversammlung soll die Angelegenheit endgültig zur Erledigung kommen. — Ferner beriet der Kreistag die auf Grund des Ausführungsgesetzes zum Viehdiebstahls vom 22. März d. S. einzuführenden Satzungen über die Behandlung von Entschädigungen bei Viehdiebstahl. Der von der Regierung vorgeschlagene Entwurf wurde angenommen. — An der von der verstorbenen Fabrikantin Kölling wurde Kommissionsrat Gieseler-Jerbit als Kreisdeputierter gewählt.

Vereinigung rechtsstehender Männer in Neuh.

Wie uns mitgeteilt wird, macht die Organisation der Vereinigung rechtsstehender Männer in Neuh. bemerkenswerte Fortschritte. Vielfachen Wünschen entsprechend hat der geburtsführende Ausschuss regelmäßig Disputir-Abende eingerichtet, die jeden ersten Montag im Monat im kleinen Saale des GewerbehauseS zu Gera stattfinden, wo sich die Mitglieder der Vereinigung in angenehmer Weise treffen und ihre Ansichten über die politischen Tagesfragen austauschen können. Gäste, die durch Mitglieder eingeführt werden, sind willkommen. Die nächste Zusammenkunft findet Montag, den 6. Mai, abends 8 Uhr statt.

Nicht für „rot“, nicht für „rosa“.

Der Kreisliche Verband christlicher Arbeitervereine nahm in seiner Delegiertenversammlung folgenden Antrag an:

„Die Delegiertenversammlung des Kreislichen Verbandes christlicher Arbeitervereine spricht den angeschlossenen Vereinen die dringende Notwendigkeit aus, den Mitgliedern bei Vermeidung des Ausflusses zur Sozialdemokratie nicht nur die Stimme eines Sozialdemokraten nicht zu lauschen, sondern auch eine Entschiedenheit zugunsten von Kandidaten entgegen zu setzen, die sich zum Eintreten für das sozialdemokratische Programm verpflichtet haben.“

Der Saatenstand im Saalkreise.

Aus dem Saalkreise wird uns geschrieben: Die Frühjahrseinstellung neigt zum Ende. Die Sommerfrucht, Sommerweizen, Gerste und Hafer, sind gut ausgefallen. Das Boden der Felder bildet jetzt die Hauptbeschäftigung. Frühzeitig besetzte Mägen und Kartoffeln zeigen sich ebenfalls schön. Gerste weiten einen kräftigen Wuchs auf und liegen bei uns dadurch einen verhältnismäßig besseren Stand als auf schwächeren Winterweizen hat sich entwickelt. Von den Ackerarten kommt noch hunderttausend Erntegerne in Frage; auch diese hat noch einen befriedigenden Stand. Die früheren Frostschäden und kalte Winterzeiten haben insofern die Vegetation. Regen und Wärme sind notwendig, wenn der Ernteausschlag dieses Jahres besser werden soll als der vorjährige.

Die Heister der Nachtröste.

Aus dem Saalkreise wird uns geschrieben: Die Folgen der Nachtröste machen sich jetzt schon empfindlicher bemerkbar als früher. Die jetzt entfalteten Blätter der Apfelbäume, Pfirsichs, Kirschen und Birnen sind verlorren; daselbst glitz von den Stachelbeeren und roten Johannisbeeren; die schwarzen hängen, welche eine spätere Blüthenstellung aufweisen, haben gut angefangen. Die Weizen hatten im März ein besseres Aussehen als jetzt; auch das ist zum Teil eine Folge der Nachtröste. Auch hier ist anzunehmen, daß die in den nächsten Wochen einwirkenden schädigenden Einflüsse auf die übrige reiche Winteranbau ausüben und schließlich die ganze Cerealiereinflüsse mäßigen.

Der Autler-Bonhott im Herzogtum Gotha.

Das mit dem 1. Mai für das Herzogtum Gotha in Kraft getretene Gesetz über die Erhebung von Chauffeegeld von Kraftfahrzeugen hat eine auffällige Wunde verursacht. Auf der Hauptverkehrsstraße zur Straßfurt durch das Gohlzer Sand, auf dem Straßenweg Gera-Fürstentum, auf der nach am 30. April eine Unfälle Autos dahinjagten, waren während des Mittwoch-Vormittags nur im ganzen drei Autos zu zählen.

Unfalls-Chronik.

Der 63jährige Arbeiter Arthur Wittmann in Jechitz hatte sich eine Blutvergiftung zugezogen, an deren Folgen er verstorben ist. Als die verheerliche Schweiß in Gölben in der Metallfabrik an der Heilenerhebung handierte, gerieten ihre Kleider in Brand und in wenigen Augenblicken fielen die Unfälle in seinen Flammen. Mit furchtbarem Schreck und in der Verzweiflung wurde er von den Arbeiterkameraden gerettet, wurde jedoch durch die Verbrennungen schwer verletzt. Er wurde in das Krankenhaus in Gölben eingeliefert, wo er bald der Tod von ihren Qualen erlöste.

g. Jointschöna (Saalkreis), 1. Mai. (Urnenfunde). In der Heidegrube der Herren Schinkel-Ganna und Sperling-Mannsdorf, welche unweit der Kreuzung der Wege Kleinfeld-Ganna und Jointschöna-Schönemühl liegt, wurden fälschlich bei den Abzählungsarbeiten Urnenfunde gemacht. Nebenfalls handelt es sich auch hier um prähistorische Begräbnisstätten.

g. Neuh. (Saalkreis), 1. Mai. (Beförderungsmangel). Hier macht sich schon seit einiger Zeit Wasserangel recht fühlbar. An den Brunnen muß das Wasser entnommen werden. Das Vieh muß mit Teichwasser getränkt werden, das aber auch merklich ansteht. Man schreibt die Ursache der allgemeinen Trockenheit zu. Auch aus Köppla kommen Klagen über Wassermangel. An Freit. 1. Mai ist ein leuchtendes Meteor über Gölben in normalen Verhältnissen 5 Kilometer Wasserfall nach ausgetreten.

g. Burgliebenau (Kr. Merseburg), 1. Mai. (Festmessen). Der Gölber des Herrn Neuhoff ist durch Verkauf in den Besitz des Herrn Sonnemann-Jüngerberg übergegangen. Die Hebergabe erfolgt voraussichtlich am 1. Juli d. J. g. Burgliebenau, 1. Mai. (Schulferien). Die Schüler der Gölberer Sch. wurden am Dienstag durch einen Begrüßungsabend im Zibol, an dem nahezu 1000 ehemalige Schülerinnen

Continental Pneumatik
Gesamt - Personal
1900 — 1615
1905 — 4516
1912 — 10000
Seit Jahren widmet sich ein Stamm altgeschulter Kräfte der Spezialaufgabe, gute Automobill- und Fahrradreifen zu fabricieren. Gute Reifen, die das Geld wert sind. Wenn Sie vor Entschädigungen sicher sein wollen, so verlangen Sie nur Continental-Pneumatik.

Die unerreichten Vorzüge meiner selbstgegründeten
Rohrplatten-Koffer
sind unübertroffene Haltbarkeit, vornehm Ausstattung, Stauschutz am Deckel, beste Sicherheits-schlosser, grosse Gewichtersparnis und
Ausserst billige Preise.
Paul Göldner, Kofferfabrik,
Halle a. S., nur Leipzigerstr. 79 (neb. Hotel Rotes Ross).
Grösste Auswahl in allen Grössen und Preislagen. — Preislisten franko.
Anfertigungen nach Angabe und Reparaturen schnellstens.

Unsere geehrte Kundenschaft erlauben wir ebenfalls höchlichst viele bringend, die Kleinen Rabatmarken gegen
Klebermarken umzutauschen,
da dieselben nur in den durch die erforderliche Anzahl von 50 Mark beziehungsweise 25 Mark vollgekauften Büchern gegen den entsprechenden Betrag von 6 Mark beziehungsweise 3 Mark eingelöst werden können.
In unseren sämtlichen Büchern, den sämtlichen Geschenken der Firma F. H. Krause und bei den Kutschern sind Bücher erhältlich und hier genannte Klebermarken anzuheften, den Umtausch der Klebermarken zu ermöglichen.
Bei dieser Gelegenheit empfehlen wir angelegentlich unser ausserordentlich reines Dosenmehl bereitwillig
wohlschmeckendes Brot.
Gebrüder Schubert,
Farnspracher Str. 67b. Dampfrot-Fabrik. Merseburgerstr. 102.

Elegante Damen-Kostüme,
Jackets, Mäntel, Palotsköt,
Anfertigung nach Mass
Albin Lindig,
Schneidermeister, Geiststr. 21.

Wollene Golf-Jacken
getriebe (weib und männl) 1898
für Damen und Mädchen.
Grösste Auswahl bei
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstrasse 84.

Stempel-Fabrik
Nikolaistr. 6
Alfred Pfautsch.

Planino,
kurze Zeit vermisst gem.,
für 200 Mark,
mit voller Garantie auswert.
H. Schneider & Co.,
gegründet 1888.
Neue Bromende 1a,
anden Brandeisen-Strassen.

Wertmarken,
Bierhähne,
Keller-Nummern
empfehlen Ferd. Haasengraber,
Wienlaurentfabrik, Barfüßerg. 2.
Besichtigungen u. Reparaturen
werden nachgemacht angeführt.





